

# NACHRICHTEN



## UMTS-MOBILFUNKANTENNEN

### STRAHLUNG STÖRT NICHT

Im Juni wurde eine Schweizer Studie zur Wirkung von Mobilfunkantennen der neuen Generation (UMTS) veröffentlicht.

→ Ergebnis: Die elektromagnetischen Wellen haben keinen direkten negativen Einfluss auf das menschliche Wohlbefinden. Dies steht im Gegensatz zu einer niederländischen Erhebung von 2003, die eine Verminderung des Wohlbefindens durch UMTS-Sendeantennen ergeben hatte. Diese Erhebung hat nun ein Forschungskonsortium unter der Leitung von Peter Achermann von der Universität Zürich wiederholt ([www.mediadesk.unizh.ch](http://www.mediadesk.unizh.ch)). Die Differenz zu den Ergebnissen der holländischen Studie erklären die Forscher mit einer höheren statistischen Aussagekraft ihrer Arbeit und einem verbesserten Versuchsaufbau. Aussagen über langfristige Folgen von UMTS-Strahlung lassen die Ergebnisse

### PendlerInnen nach Wien

Die Anzahl der nach Wien fahrenden PendlerInnen ist in den letzten 25 Jahren um 53.000 gestiegen.

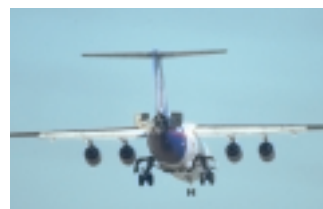
der Schweizer Studie aber nicht zu. Das Schweizer Bundesamt für Kommunikation sieht in den Ergebnissen aber einen wichtigen Hinweis darauf, dass die in der Schweiz geltenden Grenzwerte die Bevölkerung nach heutigem Wissensstand ausreichend schützen. Mögliche Langzeitauswirkungen müssten aber weiterhin im Auge behalten werden ([www.bakom.admin.ch](http://www.bakom.admin.ch)). **HO**

## FLUGLÄRM UND UVP

### FEHLERHAFT E UMSETZUNG

Beschwerde einer Bürgerinitiative bei der EU-Kommission, dass die EU-UVP-Richtlinie von Österreich nicht korrekt umgesetzt worden sei.

→ Konkret beschwert sich die Bürgerinitiative darüber, dass die laufenden Ausbaumaßnahmen am Flughafen Wien bisher nie einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterzogen worden sind. Behörden und Gesetzgeber hätten die Richtlinie nicht korrekt umgesetzt. So habe die Anzahl der Flugbewegungen seit 1994 fast um 100.000 zugenommen. Erst seit 2005 ist gesetzlich festgelegt, dass Maßnahmen UVP-pflichtig sind, die 20.000 Flugbewegungen mehr binnen fünf Jahren erwarten lassen. Die EU-Richtlinie sieht seit Anbeginn vor, dass auch Änderungen von Projekten wie z.B. Flughä-



### Biosphärenpark Wienerwald

Im Juni 2005 wurde der Biosphärenpark Wienerwald von der UNESCO anerkannt. Jetzt wurde die offizielle Urkunde verliehen.

fen UVP-pflichtig sind, die erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt haben können. Mehrfach hat die NÖ Landesregierung mit Bescheid festgestellt, dass die jeweiligen Vorhaben des Flughafens nicht UVP-pflichtig seien. Weder Standortgemeinden noch die NÖ Umweltschutzbehörde haben dagegen berufen. Sollte die EU-Kommission die Beschwerde aufgreifen, so wird zu prüfen sein, ob Österreich die Richtlinie ausreichend umgesetzt hat. **HO**

## GLOBAL REPORTING

### LEITLINIEN BESCHLOSSEN

Auf der Konferenz der Global Reporting Initiative (GRI) in Amsterdam sind die neuen „G3“-Leitlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung beschlossen worden.

→ Ziel von GRI ist es, Leitlinien für eine transparente und vergleichbare Unternehmensberichterstattung über ihre Nach-



### GLEICHE CHANCEN FÜR SAMMLER

→ Die Umsetzung der Sammelverpflichtungen gemäß der EU-Elektroaltgeräte-Richtlinie ist aus Konsumentensicht grundsätzlich positiv verlaufen, so die Arbeiterkammer (AK) zum vorliegenden Entwurf für eine Novelle zur Elektroaltgeräteverordnung. Der Wettbewerb der Sammelsysteme funktioniert; daraus sollten die Lehren für die Verpackungsverordnung gezogen werden. Weiters sollte das Prinzip, dass die Systeme für die gesamte anfallende Altgerätemenge verantwortlich sind, auch auf die Haushaltsverpackungssammlung übertragen werden. Skeptisch ist die AK, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichen, damit alle Sammelsysteme gleichmäßig ihren Verpflichtungen nachkommen. Wer zu wenig gesammelt hat, soll verpflichtet werden, die fehlende Menge notfalls bei anderen Systemen zuzukaufen, so die AK. Kritisch sieht die AK auch die fehlende Unabhängigkeit der Koordinierungsstelle. **HO**

„Die Mehrheit der Führungskräfte glaubt laut einer weltweit durchgeführten Studie, dass Unternehmen, die sich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung (CSR - Corporate Social Responsibility) bekennen, eine mögliche Imagekrise besser meistern können.“ [www.respect.at](http://www.respect.at)

haltigkeitsperformance zu schaffen ([www.globalreporting.org](http://www.globalreporting.org)). Die 1997 gegründete Initiative hat 2000 die ersten Leitlinien veröffentlicht. Die 2002 veröffentlichten „G2“ werden nun durch die dritte Generation, „G3“, abgelöst. G3 soll noch anwendungsfreundlicher sein. Neu ist auch, dass Bericht erstattende Unternehmen ihre Kriterien auch auf die Zulieferer erstrecken sollen. Zudem wurde eine enge Verzahnung der GRI mit dem Global Compact (UNGC) der Vereinten Nationen beschlossen. Unternehmen, die über ihre jährlichen Fortschritte im UNGC berichten wollen, sollen dies künftig anhand von GRI tun. Rund 3.000 Unternehmen unterstützen so weltweit zehn Prinzipien in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung ([www.unglobalcompact.org](http://www.unglobalcompact.org)). **HO**

#### BODEN-EROSION

### EU-SCHUTZ-STRATEGIE

Die EU-Kommission hat Ende September ihren Vorschlag für eine Bodenschutzrahmenrichtlinie vorgelegt.

→ Das Projekt entspringt einem Auftrag des 6. Umweltaktionsprogramms. Erst nach einigen Anläufen hat die GD Umwelt „grünes Licht“ für ihr Projekt bekommen. Erosion, Verluste organischer Substanzen, Verunreinigung, Versalzung, Verdichtung, Rückgang der biologischen Vielfalt im Boden, Versiegelung, Erdbeben und Überschwemmungen - das sind die Hauptgefahren für die Bodenqualität. Der Boden soll nun ebenso geschützt werden wie dies bei Luft und Wasser schon heute gegeben ist. Dazu sollen die Mitgliedstaaten

### VON RUUD KLEIN



Werbung für neue Autos kann so ziemlich alles versprechen, was unser Herz begehrt: Freiheit, Emotion, letzten Designerschick... Auch bei dem, was aus dem Auspuff kommt, kauft man immer, so möchte man meinen, Technik state of the art. Doch leider: weit gefehlt! Erfolgreich zieht die europäische Automobilindustrie gegen strengere Pkw-Abgasstandards, im Eurokraten-Jargon auch „Euro 5“ und „Euro 6“ genannt, zu Felde. Mit diesen sollen auch bei Diesel-Pkw der Partikelfilter



MAG. FRANZ GREIL

### GRENZ-WERTIGES

und Katalysator per Gesetz zur Serienausstattung gehören. Dadurch sollen Probleme bei Feinstaub und Stickoxiden der Vergangenheit angehören. Ersterer sorgt seit 2005, letztere werden ab 2010 für Grenzwertüberschreitungen sorgen. Pkw-Fahrverbote in vielen europäischen Städten sind vorprogrammiert. Graz wird uns in dieser Feinstaub-Saison mit Auslöserwerten für Fahrverbote vertraut machen, die letztes Jahr eine Sperre an sechs Tagen bedeutet hätten. Obwohl europäische Autohersteller bereits jetzt Modelle mit dieser Serienausstattung für den US-Markt - strengen US-Abgasnormen sei Dank - produzieren, will das in Europa partout nicht klappen. Dem Hersteller-Lamento sind dabei keine Grenzen gesetzt: Wettbewerbsfähigkeit, Kostenschub, technisch nicht machbar... Einkocht wurden damit die EU-Kommission sowie die Mehrheit der EU-Abgeordneten und Mitgliedstaaten. So können wir voraussichtlich erst ab 2014 bekommen, was für US-Konsumenten schon jetzt verfügbar ist. Merke: Lobbying von Autokonzernen kann ruhig so kurzsichtig sein, dass damit die Existenzberechtigung, nämlich Bereitstellung von Mobilität, untergraben wird. Solange Mobilität in der Werbung inszeniert wird, haben manche Cheftagen dabei kein Problem.

## NACHRICHTEN

Risikogebiete ermitteln, für diese Gebiete Risikoinde-  
 zensziele beschreiben und  
 Maßnahmenprogramme festle-  
 gen. Sie müssen auch weitere  
 Kontaminierung verhindern,  
 Verzeichnisse kontaminierter  
 Standorte auf ihrem Gebiet er-  
 stellen und nationale Sanie-  
 rungsstrategien ausarbeiten.  
 Wird ein kontaminierter Stan-  
 dort verkauft, muss jedenfalls ein  
 Bodenzustandsbericht erstellt  
 und den Behörden vorgelegt  
 werden. Schlussendlich sollen  
 die Mitgliedstaaten auch Maß-  
 nahmen gegen die Versiegelung  
 ergreifen. **HO**

### STEIERMARK

## FEINSTAUB- MASSNAHMEN

Der steirische Umweltlandesrat  
 Manfred Wegscheider hat ein  
 umfangreiches Maßnahmenpa-  
 ket vorgelegt.

➔ Gegen erhöhte Feinstaub-  
 Grenzwerte im Großraum Graz  
 sowie drei weiteren Sanierungs-



Nicht nur Rauchen erzeugt  
 Feinstaub

gebieten wird diesen Winter mit  
 weiteren neuen Maßnahmen  
 vorgegangen. Betroffen davon  
 sind insgesamt 330 Gemeinden  
 in der Steiermark. Herzstück ist  
 das Fahrverbot für partikelfilter-  
 lose Pkw im Zeitraum von 15.  
 Dezember bis 14. März. Ver-  
 hängt wird dies, wenn an fünf  
 aufeinanderfolgenden Tagen der  
 Grenzwert von 75 Mikrogramm  
 pro Kubikmeter Luft im  
 Großraum Graz überschritten  
 wird. Ausgenommen davon sind  
 unter anderem aber Benzin-,  
 Elektro- und Hybridfahrzeuge  
 sowie Kfz von gehbehinderten  
 Personen und Fahrgemeinschaf-  
 ten, d.h. Pkw-Besetzungsgrad  
 von mehr als einer Person. Auf-

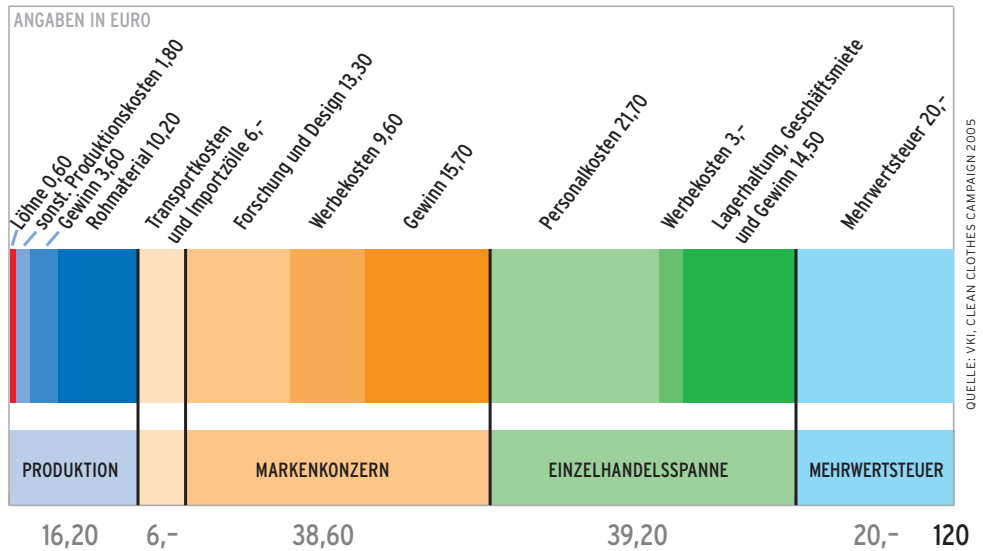
grund der Immissionsbelastung  
 im letzten Winter hätte an sechs  
 Tagen ein solches Fahrverbot  
 verhängt werden müssen. In den  
 anderen steirischen Sanierungs-  
 gebieten gilt hingegen nur  
 Tempo 100 auf Autobahn- und  
 Schnellstraßen (Abschnitte auf  
 A-2 und A-9) und Tempo 80 auf  
 Bundes- und Landesstraßen.  
 Flankiert wird das Feinstaubpa-  
 ket mit einer Partikelfilterpflicht  
 bei Maschinen und mobilen  
 technischen Anlagen, einem  
 Fahrverbot für besonders alte  
 Lkw, dem unter sozialen Ge-  
 sichtspunkten geförderten Aus-  
 tausch bei Heizungsanlagen und  
 einem Verbot des Brauchtums-  
 feuers. **FG**

### ARA-TARIFE

## WETTBEWERBS- VERZERREND?

EVA hat die neue ARA-Preispoli-  
 tik als wettbewerbsverzerrend  
 und rechtswidrig bezeichnet. Die  
 Bundeswettbewerbsbehörde  
 (BWB) ermittelt.

➔ Das ARA-Verpackungssam-  
 melsystem hat Ende September  
 seine Tarife für 2007 bekannt ge-  
 geben. Die EVA GmbH ist Kon-  
 kurrent von ARA im Gewerbe-  
 bereich und plant demnächst,  
 ARA auch im Haushaltsbereich  
 Konkurrenz zu machen. ARA  
 hat Tarifsenkungen um bis zu 40  
 Prozent angekündigt. Dabei



## SPORTSCHUHE: WEDER „GESUND“ NOCH NACHHALTIG

Zu Fuß gehen ist gesund - und umweltbewusst. Ob es nachhaltig ist, hängt davon ab, wo-  
 her die Sportschuhe kommen. Bevor sie auf unseren Füßen landen, haben sie schon tau-  
 sende Kilometer hinter sich. Während sich ganze Industrienationen „gesund“ gehen, Marken-  
 artikelkonzerne und Handel „gesunde“ Gewinne machen, ist das für die Produzenten  
 vor Ort - oft eine halbe Erdkugel entfernt - gar nicht so „gesund“: nur 0,60 Euro von 120,-  
 Euro Endkosten machen deren Löhne aus. Die Arbeitnehmer an beiden Enden des „Schuh-  
 zyklus“ sind die Angeschmierten: Die Konsumenten zahlen einen hohen Preis und die Pro-  
 duzenten haben trotzdem nichts davon. Soll das ewig so weiter „gehen“? **LEI**

## AUF EINEN BLICK: EU & EUROPA ...

➔ Nationale Zuteilungs-  
 pläne: Schon im Juni hätten  
 alle Mitgliedstaaten ihre Zu-  
 teilungspläne für den Han-  
 del mit Emissionsrechten  
 von Treibhausgasen für den  
 Zeitraum 2008 bis 2012 der  
 Kommission zur Genehmi-  
 gung vorlegen sollen. Öster-  
 reich hat aber - wie fünf an-  
 dere Mitgliedstaaten - bis  
 jetzt noch keinen Entwurf  
 abgeliefert und ist nun von

der Kommission geklagt  
 worden. Doch auch bei den  
 pünktlicheren Plänen hat  
 die Kommission einiges aus-  
 zusetzen: im Schnitt müs-  
 sen die Staaten ihre Zutei-  
 lungen um sieben Prozent  
 verringern. Nur Großbritan-  
 niens Plan wird als ausrei-  
 chend streng akzeptiert.  
 ➔ Weltklimakonferenz: Im  
 November wurde in Nairobi  
 die jährliche Klimakonfe-

renz abgehalten. Konkrete  
 Resultate waren rar, man ei-  
 nigte sich auf einen Zeit-  
 plan, wann man welche  
 drängenden Probleme be-  
 sprechen wolle, vor allem,  
 wann darüber verhandelt  
 werden soll, welche Klima-  
 beziele nach 2012 angepeilt  
 werden sollen. Konkret be-  
 schlossen wurde ein Pro-  
 gramm mit 300 Millionen  
 Euro für fünf Jahre, das

Entwicklungsländer bei An-  
 passungsmaßnahmen an  
 dem Klimawandel unter-  
 stützen soll - ein Tropfen  
 auf den immer heißeren  
 Stein.  
 ➔ Kurz zuvor hat die briti-  
 sche Regierung einen Be-  
 richt über die ökonomi-  
 schen Folgen des Klimawan-  
 dels veröffentlicht, nach  
 dem Autor als „Stern-Re-  
 port“ bezeichnet (Down-





seien auch 25 Millionen Euro ungeplante Überschüsse aus Lizenzentnahmen aus den Vorperioden eingeflossen, so ARA. EVA hält dieses Vorgehen für rechtswidrig. Auffällig sei, dass gerade die Tarife im Gewerbebereich gesenkt werden. Unzulässig sei auch, die Einnahmenüberschüsse aus den Vorjahren in die Tarife der Folgejahre einzurechnen. ARA habe jahrelang hohe finanzielle Reserven aufgebaut, weil Einnahmen regelmäßig die Aufwendungen überstiegen hätten. Ein Gutachten eines namhaften Kartellrechtsexperten belege, dass ARA als Treuhänderin der ARA-Lizenznehmer diese Überschüsse an die damaligen Lizenznehmer zurückzahlen müsse. Dem Vernehmen nach prüft die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) bereits das Vorgehen von ARA. **HO**

#### ABFALL

### MANAGER 2006

Aus 29 eingereichten Projekten wurden Ende November von einer Jury sieben für den „Abfallmanager 2006“ ausgewählt.

➔ Bereits zum vierten Mal veranstaltete die Wiener Umweltschutzabteilung – MA 22 gemeinsam mit der TÜV Österreich Akademie Ende November den „Tag der Umwelt- und Abfallbeauftragten“. Im Rah-

men dieser alljährlichen Fachtagung wurden heuer die „Abfallmanager“ 2006 ausgezeichnet. Abfallbeauftragte, Umweltbeauftragte, engagierte MitarbeiterInnen, aber auch Teams aus Wiener Betrieben, Krankenhäusern und Schulen haben dafür ihre Projekte und Ideen bei der Wiener Umweltschutzabteilung eingereicht. Unter den Ausgezeichneten finden sich so bekannte Firmen wie Rembrantin Lack oder Denzel AG mit Projekten, die zeigen, dass Umweltschutz als Prinzip gelebt wird. ([www.wien.gv.at/umweltschutz/abfall/veranstaltung.html](http://www.wien.gv.at/umweltschutz/abfall/veranstaltung.html)). Beindruckend auch die Leistungen der ehrenamtlich arbeitenden Wiener Tafel, die mit ihrem sozialen Engagement zur Ressourcenschonung beiträgt (siehe auch Artikel ab Seite 26 in diesem Heft). **HO**

#### EU-ABFALL

### ANTRÄGE ZUR RAHMENRICHTLINIE

Caroline Jackson, die zuständige Berichterstatterin, hat ihre Kompromissanträge für den Umweltausschuss im EU-Parlament vorgelegt.

➔ Über 600 Abänderungsanträge sind zum Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Abfallrahmenrichtlinie eingegangen. Zu einigen Themenbereichen will Jackson einen Kompromiss erreichen. Ihre

### GENTECHNIK: WAS IST EIN SCHADEN?

➔ Veränderungen in ökologischen Systemen durch Ausbringung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) kann man naturwissenschaftlich beschreiben. Aber ab wann liegt ein ökologischer Schaden vor? Weder die EU-Freisetzungsrichtlinie, noch die EU-Verordnung über gentechnisch veränderte Lebens- oder Futtermittel definieren den Schadensbegriff näher. Ein Forscherteam der TU Berlin hat nun den Schadensbegriff für die Agro-Gentechnik für die im Natur- und Artenschutz bedeutsamen Schutzgüter definiert und Grundlagen aufgezeigt, wie er anwendbar gemacht werden kann. Die Studie untersuchte, wie geeignete Indikatoren und Kriterien für die Abschätzung und Bewertung ausgewählt und wie Erheblichkeitsschwellen festgelegt werden können. Konkrete Vorschläge sollen Anfang 2007 vorliegen ([www.bfn.de](http://www.bfn.de)). **HO**

Vorschläge betreffen den Anwendungsbereich, die Abfallbehandlungshierarchie, ab wann Reststoffe nicht mehr Abfall sind und Begriffsbestimmungen. Nicht unerwartet will Jackson den Abwendungsbe- reich des Ausschussverfahrens zurückdrängen und statt dessen die Kommission anhalten, jeweils Richtlinienvorschläge vorzulegen. Damit solle dem EU-Parlament weiterhin die

Mitsprache ermöglicht werden. Zum Thema Abfallvermeidung will Jackson erreichen, dass die Mitgliedstaaten bis 2012 ihr Abfallaufkommen auf dem Niveau von 2008 stabilisieren. Experten schätzen das kaum machbar ein. Das EU-Parlament wird vermutlich erst 2007 abstimmen. Erst dann können auch die Umweltminister den „gemeinsamen Standpunkt“ festlegen. **HO**

### ... UND DIE GANZE WELT

load:[www.sternreview.org.uk](http://www.sternreview.org.uk)). Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Kosten der Untätigkeit – global gesehen – viel höher sind als die Kosten der Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und dass es noch immer möglich ist, effektiv gegen den Klimawandel vorzugehen, dass die Zeit aber knapp werde. Grundstein dieser Maßnahmen

müsse eine globale Kohlenstoffsteuer sein, so der Bericht.

➔ Gentechnik: Die EU-Kommission hat beschlossen, gegen eine WTO-Entscheidung zur Gentechnik nicht zu berufen, die feststellt, dass das EU-Importverbot für gentechnisch verän-

derte Lebensmittel rechtswidrig ist. Die USA hatten gegen die EU in dieser Sache im Februar Recht bekommen. Dass die EU nicht beruft, wird von Gentechnik-Gegnern als Zeichen gesehen, dass die Gentechnik-Befürworter sich in der EU immer weiter durchsetzen.

Die Umweltorganisation Friends of the Earth hat unter anderem kritisiert, dass das Protokoll über biologische Sicherheit (Cartagena-Protokoll) nicht berücksichtigt wurde, in dem das Vorsorgeprinzip verankert ist. Das kann die Anwendung des Vorsorgeprinzips in Streitigkeiten vor der WTO in Zukunft noch schwieriger machen. **CS**



**SCHWEIZ**

**VERLAGERUNG DES GÜTERVERKEHRS**

Die Schweiz muss neue Maßnahmen zur Verlagerung des Lkw-Verkehrs in der Schweiz beschließen.

➔ Aufgrund des Schweizer Volksentscheids im Jahr 1994 besteht ein Verfassungsauftrag, ab 2009 neue Maßnahmen zu setzen, damit die Zielvorgabe mit 650.000 alpenquerenden Lkw-Fahrten (2005: 1,2 Millionen) ab 2017 erreicht werden kann. Als mögliche Varianten stehen ein Ausbau der rollenden Landstraße, zusätzliche Mittel aus dem Budget und verstärkte Kontrollen im Straßengüterverkehr, aber auch eine zeitliche Verschiebung des Verlagerungsziels zur Diskussion. Relativ unumstritten ist die Errichtung einer Alpentransitbörse, die aber nur gemeinsam mit anderen Alpenstaaten aufgrund möglicher Umwegverkehre beschlossen werden kann. Unausweichlich sind Verhandlungen mit der EU-Kommission, die sich im Sommer dazu vorsichtig zustimmend geäußert hat. Bei dieser Börse sollen die begrenzten Durchfahrtsrechte dann frei gehandelt

werden. Der Schweizer Bundesrat nimmt noch 2006 seine Arbeiten dazu auf. **FG**

**DEUTSCHLAND**

**TRIEBWAGEN MIT PARTIKELFILTER**

Die Taunus-Bahn setzt laut Betreiberangaben weltweit als erstes Schienenunternehmen bei zehn Triebwagen nachgerüstete Partikelfilter ein. Mit Mehrkosten von 65.000 Euro pro Fahrzeug werden dadurch 95 Prozent aller gesundheitsschädigenden Partikel reduziert und ab



2012 vorgeschriebene EU-Abgasnormen bereits jetzt erfüllt. Auslöser für diese „Innovation“ war aber eine explizite Bestimmung in der Ausschreibung

Auftrag muss mit einem Rückantwortkuvert, versehen mit der eigenen Wohnadresse und frankiert mit 0,55 Euro, abgeschickt werden. Weitere Infos unter: 01/908 308. Zusatztipp: Ein Antrag beim Heimatpostamt kann zusätzlich dazu beitragen, dass die Werbesendungen „An einen Haushalt“ eingestellt werden. Wer auch in den Telekomrechnungen auf Werbung verzichten will, wendet sich schriftlich an die Telekom-Rechnungsstelle. **LEI**

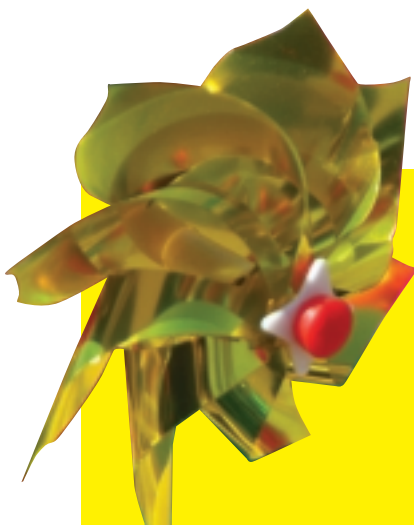
des Rhein-Main-Verkehrverbundes. Betroffene Kommunen im Taunus forderten und bezahlten die anschaffungsbedingten Mehrkosten für diese Feinstaubreduktion.

Die Deutsche Bahn (DB) kündigte unterdessen neue Umweltstandards bei der Dieseltraktion an, die immerhin zehn Prozent der gesamten Fahrleistung ausmacht. Triebwagen und Diesellokomotiven sollen künftig nur mehr nach dem neuesten Stand bei Abgasnormen beschafft werden. Für eine Partikelfilter-Nachrüstung bei alten Fahrzeugen werden Gespräche

**Die Regierung beschloss einen Fonds für Klima und Energie**

➔ Bis zum Jahr 2020 sollen der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Gesamtenergieverbrauch 45 Prozent ausmachen, die Energieeffizienz um 20 Prozent steigen und die Abhängigkeit von Öl um ein Viertel geringer sein. Dies soll v. a. durch Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich erneuerbarer Energien und ra-

tionellerer Energieverwendung erfolgen. Neben der Erforschung der Grundlagen geht es auch um die wirtschaftliche Reife und Marktdurchdringung dieser Technologien. Der Fonds soll mit 500 Millionen Euro dotiert werden, aber viele Fragen sind noch offen und hängen von der konkreten Ausgestaltung ab. **CS**



**Wasserkrise I**

Unsauberes Trinkwasser, mangelnde Hygiene und eine ungerechte Verteilung von Wasser bedrohen die Entwicklung in den ärmsten Ländern der Erde stärker als bewaffnete Konflikte. Zu diesem Ergebnis kommen die Vereinten Nationen in ihrem „Bericht über die menschliche Entwicklung 2006“.



**Wasserkrise II**

Etwa 1,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Wasser, 2,6 Milliarden verfügen nicht über ausreichend sanitäre Einrichtungen. Die Wasserkrise hat ihre Ursache nicht in Knappheit, sondern in Armut und Ungleichheit.

„Jedem sechsten Menschen auf der Welt wird der Zugang zu sauberem Trinkwasser verweigert, dies hat den vermeidbaren Tod von 1,8 Millionen Kindern zur Folge.“ Ad Melkert, Vizechef des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP)

mit der Bahnindustrie über technisch mögliche und wirtschaftlich vertretbare Lösungen geführt. **FG**

#### DEUTSCHLAND

## PARTIKELFILTER BITTE WARTEN

Die Partikelfilter-Nachrüstung bei Pkw ist vorerst gescheitert.

➔ Nach zweijährigen Verhandlungen ist der Kompromiss zwischen Bund und Ländern in Deutschland erneut gescheitert. Demnach hätten alle AutobesitzerInnen, die von 1.1.2006 bis 1.1.2009 ihr Auto mit einem Partikelfilter nachrüsteten, einen einmaligen Steuernachlass von 330 Euro bekommen. Gegenfinanziert wäre diese Förderung aufkommensneutral von Diesel-Pkw-BesitzerInnen, die für partikelfilterlose Fahrzeuge ab 1.1.2007 bis 1.1. 2010 pro angefangene 100 Kubikmeter Hubraum um 1,20 Euro mehr an Kraftfahrzeugsteuer entrichten hätten müssen. Das Förderkonzept hätte somit rückwirkend bereits vorgenommene Nachrüstungen berücksichtigt. Davon ausgenommen waren ohnedies Neufahrzeuge wegen möglicher Umsatzeinbrüche durch die Mehrwertsteuererhöhung. Ausschlaggebend für das Scheitern war die Weigerung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Antrag noch rechtzeitig vor dem 1. Jänner 2007 im Bundestag zu behandeln. Laut Berichten soll für das Förderkonzept jetzt 2008 angepeilt werden. Trotz drohender Fahrverbote in deutschen Großstädten (z.B Berlin, München) dürfte die Nachrüstung damit weiter schleppend anlaufen. Die Kosten für einen Nachrüstungsfilter werden auf

600 Euro veranschlagt. Die Behörden gehen von bis zu 1,5 Millionen nachzurüstenden Pkw aus. **FG**

#### EU-CHEMIKALIENVERORDNUNG

## EINIGUNG BEI REACH

Können sich EU-Rat und Europäisches Parlament auf einen Kompromiss bei der EU-Chemikalienverordnung REACH einigen?

➔ Äußerst zäh haben sich Ende November die Versuche gestaltet, vor der zweiten Lesung von REACH einen Kompromiss zwischen der industriefreundlichen Position des EU-Rates und der progressiveren Haltung des EU-Parlaments zu finden. Ohne diesen Kompromiss droht ein Vermittlungsverfahren und eine entsprechende weitere Verzögerung, gelingt er hingegen, so kann die Chemikalienverordnung noch dieses Jahr Gesetz werden.

Der Streitpunkt, der eine Einigung bis zuletzt fraglich erscheinen ließ, ist die Pflicht zum Ersatz besonders gefährlicher Stoffe durch weniger gefährliche. Die Schwächung dieser Verpflichtung bedeutet, dass bestimmte umweltgefährliche Stoffe weiter ausgebracht werden können, aber auch, dass Arbeitnehmer besonders tückischen Stoffen weiterhin ausgesetzt sind.

Umweltschützer haben dem Hauptverhandler des EU-Parlaments, dem italienischen Abgeordneten Guido Sacconi, vorgeworfen, dabei zu viele Zugeständnisse gemacht zu haben. Auf der anderen Seite kritisieren einige Mitgliedstaaten die Finnische Präsidentschaft dafür, zu sehr nachgegeben zu haben. **CS**

## Ausgedient

Österreich ist nicht mehr Umweltmusterland, so eine Studie des Wide Fund for Nature (WWF) zum Thema Naturschutz. Demnach rangiert Österreich hinter Estland und Litauen im Mittelfeld, knapp hinter dem europäischen Durchschnitt.



Ulli Sima

**Weihnachtszeit - Müllzeit?** Alle Jahre wieder kommt nicht nur Weihnachten, sondern auch ein zusätzlicher Müllberg auf uns zu. Zur Bescherung gibt's Geschenkmüll. Mit der Aktion „Weihnachtsack“ will die Stadt Wien Abhilfe schaffen. Wie, darüber sprach Wilfried Leisch mit der Wiener Stadträtin für Umwelt, Mag. Ulli Sima.

# DENKEN BEIM SCHENKEN

**Wie hoch ist das Müllaufkommen zur Weihnachtszeit?**

**Sima:** Das Müllaufkommen in Wien steigt in der Weihnachtszeit im Vergleich zu „normalen“ Wochen um rund zehn Prozent. Dieser Extra-Müllberg ist zu einem großen Teil auf Verpackungsmaterial für Geschenke zurückzuführen. Natürlich kann einiges davon, etwa Kartons oder Papier, über die getrennte Sammlung in den Produktionskreislauf zurückgeführt werden. Aber: Jede Tonne mehr Müll bedeutet natürlich auch mehr Lkw-Fahrten beim Transport und belastet schon allein dadurch die Umwelt.

**Was will die Aktion „Wiener Weihnachtssack“ erreichen?**

**Sima:** Wir wollen den Müllberg zu Weihnachten kleiner werden lassen. Der „Wiener Weihnachtssack“ ist aber auch ein Beitrag zum wichtigen Thema Abfallvermeidung, das in Wien ja einen besonderen Stellenwert besitzt. Die Stadt setzt hier viele Akzente, der Weihnachtssack soll helfen, das Bewusstsein dafür weiter zu steigern.

**Was bietet die Aktion „Wiener Weihnachtssack“?**

**Sima:** Eine schöne und umweltfreundliche Verpackung für hoffentlich tolle Ge-

schenke. Den Stoffsack gibt es heuer in drei Größen, von der Flaschenverpackung bis hin zum XL-Sack für die große Bescherung. Der „Wiener Weihnachtssack“ hilft aber nicht nur der Umwelt: Er wurde in den Werkstätten von „Wien Work“ und der „Lebenshilfe Wien“ von Menschen mit Behinderungen und Langzeitarbeitslosen hergestellt und leistet damit einen Beitrag zum Erfolg der Integrationsbemühungen dieser wichtigen Einrichtungen. Der Spendenerlös geht an das von Willi Resetarits initiierte Integrationshaus und kommt damit einem sehr guten Zweck zu Gute.

**Welchen Effekt erhofft man sich von der Aktion? Was kann jede/r Einzelne tun und wo bekommt man den Weihnachtssack?**

**Sima:** Der „Wiener Weihnachtssack“ ist ja über viele Jahre immer wieder verwendbar, wir erhoffen uns daher ein stetig wachsendes Bewusstsein und damit einen schrumpfenden Verpackungs-Müllberg. Was jede/r Einzelne tun kann, ist ganz klar: Geschenke im „Wiener Weihnachtssack“ verpacken. Erhältlich ist die umweltfreundliche Alternative ab einer Spende von 2 Euro aufwärts beim „natürlich Wien“-Stand auf dem Christkindlmarkt vor dem Wiener Rathaus.